

Reinickendorf ist SPITZE 2
... auch bei der Lärmbelastung

„Situation ist unzumutbar“ 3
Warteschlangen in den Ämtern

Mit den Bürgern offen reden Über Erreichtes und neue Herausforderungen Im Gespräch: Der Reinickendorfer Integrationsbeauftragte Oliver Rabitsch

Herr Rabitsch, wo liegen aus Ihrer Sicht die Herausforderungen für Ihre zukünftige Arbeit?

Die Vermeidung von Obdachlosigkeit steht an erster Stelle. Es kann nicht sein, dass Kinder oder auch Erwachsene in Berlin obdachlos sind. Es gibt Obdachlose, nicht wenige. Und die Wohnraumsituation ist ja nicht erst ein Thema, seit es in Berlin Flüchtlinge gibt - das sind im weltweiten Vergleich aber nicht viele. Rund 12 000 sind in Berlin in Gemeinschaftsunterkünften oder Erstaufnahme-Einrichtungen untergekommen.

Die Situation am Wohnungsmarkt ist nicht einfacher geworden. Ob nicht Zeit gewesen wäre, sich nach geeigneten Gebäuden umzusehen, ist immer wieder eine Frage, die ich aber nur als Mensch beantworten kann, nicht als Integrationsbeauftragter.

Lösen Container das Problem?

Ich denke, dass jeder Raum besser ist als ein Container. Ich habe bisher keinen gesehen. Ich weiß auch nicht, wie er aufgebaut ist. Damit muss ich mich noch auseinandersetzen. Für eine kurzfristige Notlösung, wenn wir über die Vermeidung von Obdachlosigkeit sprechen, ist er vielleicht gut.

Aber was ist denn kurzfristig?

Wir haben ja Notunterkünfte und sehen manchmal, dass Notunterkünfte gar nicht so kurzfristig gedacht sind. Wir hatten in Heiligensee eine Grundschule, die als Notunterkunft genutzt wurde. Die bestand für etwa sieben oder acht Monate.

Bekommt Reinickendorf auch eine sogenannte mobile Wohninheit?

Herr Czaja (der Berliner Sozial- und Gesundheitssenator, d. Red.) hat ja die Standorte klar benannt. Ich glaube jedoch, dass er über die privaten Flächen und eventuellen Anbieter noch nicht gesprochen hat. Ich lasse das mal offen.

Ich gehe davon aus, dass wir auch in Reinickendorf in den nächsten Monaten mehr Menschen aufnehmen werden und versorgen müssen als bisher. Ob nun als Flüchtlinge oder im Rahmen der Asylverfahren.

Was kann der Bürger tun? Gibt es ehrenamtliches Engagement?

Wir haben in den letzten Monaten festgestellt, dass das Engagement von Vielen das wichtigste Kriterium ist.

Nachbarschaft mit einbeziehen

Es geht wirklich darum, in allen Bereichen und auf allen Ebenen die Nachbarschaft zu sensibilisieren. Und ich freue mich, dass es bei uns im Bezirk gelungen ist, dies über die Kiezgrenze hinaus zu fördern. Ich freue mich auch, dass ich immer mehr Anfragen bekomme, ob von Schulen oder von Kirchengemeinden, die einfach mehr wissen wollen. Das zeigt mir, dass das Interesse da ist.

Was können Sie denn konkret von hier aus tun?

Man muss die Information rechtzeitig auf den Weg bringen. Und deshalb ist es unser Anliegen, so früh wie möglich über die Entwicklung in der Flüchtlingssituation zu informieren. Und ich möchte hier einfach nur an die Personen appellieren, die unsicher sind und nicht wissen, was auf sie zukommt, dass sie sich erkundigen.

Oliver Rabitsch (46) ist seit November 2012 Integrationsbeauftragter im Bezirksamt und zuständig für mehr als 50 000 Reinickendorfer mit Migrationshintergrund.

Er vermittelt u.a. zwischen Migranten, Bezirksamt und zuständigen Einrichtungen, informiert über Bildungsangebote, Deutsch- und Integrationskurse, arbeitet mit Organisationen, Gremien, Trägern und Projekten zusammen.



Vorbehalte sind aber weit verbreitet...

Dass Ängste da sind, kann ich durchaus verstehen. Aber dann sollte man zumindest den Mut haben und sich an die Person wenden, die darüber Auskunft geben kann. Und da nehme ich mich nicht aus. Ich bin dazu bereit, auch wenn ich sehr viel zu tun habe. Sie haben es ja erlebt wie oft mein Telefon klingelt, während wir das Gespräch führten.

Vielen Dank, Herr Rabitsch, und weiterhin viel Erfolg.

Das Interview führte Lilo Joseph

*Foto:
Lilo Joseph*

Das gesamte Interview mit Oliver Rabitsch unter:
www.die-linke-reinickendorf/wir

Flüchtlinge empfangen



Reinickendorf ist SPITZE!

Nach dem im Oktober erschienenen Berliner Atlas für Umweltgerechtigkeit nimmt die Scharnweberstraße in Reinickendorf mit fünffachen Belastungen den Spitzenplatz ein. Das verwundert mich angesichts der Faktoren, die dazu beitragen, nicht:

Die Autobahn A111 samt den Auffahrten mit Kfz-Lärm rund um die Uhr, TXL, wo sich bei Flugzeugstarts in Hauptrichtung West der Schall ungehindert nach Osten ausbreiten kann, die Hitze- und Feinstaubbelastungen durch die Abgase von TXL und A111, die wenigen Grünflächen im Wohngebiet, sowie die „einfache Wohnlage“ nach dem Mietspiegel.

Dieses Thema stellte ich mit einer Anwohneranfrage in der Bezirksverordnetenversammlung im November zur Diskussion. Ich setze mich für mehr Ge-

rechtigkeit in unserer Gesellschaft ein mit einem sozialen Ausgleich für Menschen auch in diesem Wohngebiet. Bessere Umweltbedingungen gehören unbedingt dazu.

Ein Bezirksverordneter der CDU meinte, wenn man die Situation verbesserte, würden die Mieten steigen und die Bewohner verdrängt. Meint er, den sozial Schwächeren im Bezirk könne diese Belastung ruhig zugemutet werden?

M. E. könnte mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wie Tempo 60 auf der A111 und 30 auf den Autobahnzubringern kurzfristig schon viel erreicht werden. Ein Straßenrückbau und eine Begrünung rund um die A111 könnte als nächstes erfolgen. Schallschutzmaßnahmen gegen Fluglärm sollten erneut geprüft werden, denn wann TXL endgültig geschlossen wird, steht längst nicht fest. Gleichzeitig sollte die Mietpreisbremse im Wohnbereich der Einflugschneisen sofort wirksam werden.

Das Thema wird für ein sozial gerechtes Reinickendorf auf der Tagesordnung bleiben. **Klaus Murawski**

BVV-Splitter

35. Sitzung, 12.11.2014

Die BVV nimmt einstimmig den „modifizierten“ Einwohnerantrag zur **Siedlung am Steinberg** (Drs.-Nr.: 0814/XIX) und den weiterführenden SPD-Antrag an, umgehend für die Siedlung eine Umstrukturierungsverordnung und einen Sozialplan durch eine unabhängige Mieterberatung aufzustellen (Drs. 0793/XIX) - s. Beitrag unten links.

Mieter der Siedlung erkundigen sich in Einwohnerfragen (EF) nach beabsichtigten Gehweg- und Straßenveränderungen und der Möglichkeit zur Akteneinsicht im Denkmalschutz-Genehmigungsverfahren.

Eine Große Anfrage der SPD und eine EF von Klaus Murawski, LINKE, beschäftigen sich mit **Umweltbelastungen in Reinickendorf** (Drs. 0834/XIX) - s. *nebenstehenden Beitrag*.

Baustadtrat Lambert (CDU) kritisiert „besorgniserregende Pläne“ des Senats, nun 7 000 Wohneinheiten auf TXL bauen zu wollen und damit dessen sinnvolle Nachnutzung zu gefährden. Marten (CDU) ergänzt, man wolle kein zweites Märkisches Viertel. Einstimmig wendet sich die BVV gegen Pläne, Flugverbindungen von Schönefeld nach Tegel während der Sanierung der Nordbahn von SXF zu verlagern (Drs. 0862/XIX).

Die Bezirksstadträte Schultze-Berndt (CDU) und Brockhausen (SPD) beantworten weitere EF von Michael Rohr, Dennis Wendländer und Servan Deniz (alle LINKE):

Das Bezirksamt hat festgelegt, seine Beschlüsse im Internet zu veröffentlichen; zehn private Wohnheime (316 Plätze) und die Berliner Stadtmission (110) sichern die Betreuung der Obdachlosen im Bezirk; Probleme bei der Beschulung von Flüchtlingskindern durch fehlende Lehrkräfte sollen bis Anfang Dezember geklärt werden.

Im Gegensatz zu einer Entscheidung der Senatsschulverwaltung bekräftigt die BVV nach z.T. heftiger Debatte die Notwendigkeit des **Neubaus einer dreizügigen Grundschule für Reinickendorf-Ost** (Drs. 0861/XIX).

CDU und B90/Grüne verweigern einem SPD-Antrag, **öffentliches Grillen** in Reinickendorf zu ermöglichen, wegen der „für die Müllentsorgung entstehenden Kosten“ erneut die Zustimmung. **Friedrich Wilhelm**

Foto:
Klaus Murawski

Die Scharnweberstraße Ecke Antonienstraße in Richtung Tegel



Einwohnerantrag angenommen - und jetzt?

DIE LINKE: BVV-Beschlüsse einhalten

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf beschloss am 12. November einstimmig den ersten Reinickendorfer Einwohnerantrag sowie ein Ersuchen an das Bezirksamt, umgehend eine Umstrukturierungsverordnung und einen Sozialplan für die Siedlung am Steinberg aufzustellen. Damit sprechen sich die Fraktionen klar für den Schutz der Bestandsmieter vor Verdrängung durch Luxusmodernisierung und horrenden Mieten aus.

Politischer Etappensieg ...

... aber die Zeit drängt. Der Investor lehnt die BVV-Beschlüsse als „populistische statt rechtmäßige Entscheidungen“ ab und macht weiter. Die leerstehenden Häuser werden luxussaniert. Bäume werden gefällt. Eine Duldungsklage wird nicht zurückgenommen. Gern möchte man wohl die Mieterschutzrechte aus dem GSW-Privatisierungsvertrag aus dem Weg geräumt sehen.

Auf der Suche nach einem „Interessenausgleich“ (Westerkamp) laufen inzwischen Gespräche zwischen Mie-

tern, Vermieter und Vertretern der Bezirkspolitik - DIE LINKE ist dabei - am sogenannten „Runden Tisch“ - bisher ohne ermutigende Ergebnisse.

Politischen Druck erhöhen

Die CDU heuchelt „Verständnis für die Mieter“, sorgt sich tatsächlich ungeniert um die Eigentümerrechte. Baustadtrat Lambert tritt seit Beginn der Auseinandersetzung als Vertreter der Interessen der Investoren auf. Bei ihm fehlt bisher sichtlich der Wille, die bezirklichen Handlungsspielräume zugunsten der Mieter zu nutzen.

Lothar Kolbe, einer der Aktivisten der Siedlung, sieht in der Hinhaltepolitik Lamberts den Versuch, die „BVV-Beschlüsse zu unterlaufen und dem Investor freie Hand zu geben.“ Christian Malinowski fragt deshalb - unseres Erachtens zu Recht - in der BVV nach, welche konkreten Schritte bisher durch das Bezirksamt umgesetzt worden sind, „die dem sozialverträglichen Verbleib der Bewohner in der Siedlung am Steinberg dienlich sind.“ **Dana Saky/Klaus Gloede**

Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BVV und der LINKEN Reinickendorf unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales

„Die Situation ist unzumutbar“

Der Öffentliche Dienst muss wieder wachsen

Stundenlang anstehen für den Personalausweis, selbst vor den Wartemarkenautomaten bilden sich lange Schlangen. Mittlerweile ein alltägliches Bild in Berlin. Warum ist das so?

Mehr Menschen - mehr Aufgaben

Berlin ist weiterhin eine wachsende Stadt. Nach Schätzungen wird es bis 2020 ca. 250 000 Neuberliner geben – das entspricht einem ganzen zusätzlichen Bezirk. Gleichzeitig sollen bis 2016 1 450 Stellen in den Bezirken abgebaut werden. Das entspricht einer kompletten Bezirksverwaltung. Reinickendorf hat voreilig schon mehr Stellen abgebaut, als die Zielvereinbarung mit dem Senat bis heute vorsah.

Personalabbau hat negative Folgen

Dass dies nicht ohne Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger passieren kann, ist klar. Dabei hatten sowohl das Bezirksamt als auch die in der BVV vertretenen Fraktionen versprochen, man werde „kreative Lösungen“ finden, damit der Personalabbau ohne Einschränkungen für die Bürger vonstattengehe.

Das hat nicht funktioniert, wie Stadtrat Brockhausen (SPD) im Sommer dieses Jahres einräumte: Die Situation für die Bürger sei „unzumutbar“. Stimmt - und nicht nur für diese. Auch auf der anderen Seite des Schalters sitzen Menschen, die unter dieser Situation leiden.

Kein weiter so...

Dass es nicht so weitergehen kann, erklärt nun auch der „Rat der Bürgermeister“. Dieser fordert den Senat auf, von den Zielvorgaben zur Personaleinsparung Abstand zu nehmen und den Mehrbedarf in Höhe von 1 200 Stellen dauerhaft zu finanzieren. Aber reicht das wirklich aus?

Bis zum Jahr 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten im Berliner Öffentlichen Dienst aus Altersgründen ausscheiden, d. h. es müssten eigentlich pro Jahr 5 000 Stellen neu besetzt werden!

Berlin ist ein unattraktiver Chef

Dies wäre jedoch selbst bei vorhandenem politischen Willen nicht so einfach. Der vielbeschworene Fachkräftemangel betrifft nämlich vor allem die Verwaltungs-, Sozial- und Ingenieurberufe, die auch im Öffentlichen Dienst dringend benötigt werden. Dieser befindet sich dabei im Wettbewerb mit privaten Arbeitgebern, aber auch mit anderen Bundesländern. Und die Stadt hat dabei ein ernstes Handicap: Hier wird immer noch weniger bezahlt als anderswo, durch den starken Personalabbau verdichtet sich die Arbeitslast für die Beschäftigten immer mehr. Der Stress nimmt zu. Es darf, es kann nicht so weiter gehen!

DIE LINKE bietet Alternativen an

Was schlägt die Berliner LINKE vor? Auf ihrem Parteitag am 8./9. November hat sie ein Konzept „Gute Arbeit - gutes Leben in Berlin“ beschlossen. Darin fordert sie zum erstens, dass die Zielvereinbarungen aufgehoben werden. Es kann nicht sein, dass an der Zahl von 100 000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, unabhängig von der weiteren Bevölkerungsentwicklung, festgehalten wird. Mit einer wachsenden Stadt sind wachsende Aufgaben verbunden und an diesen muss sich der Personalbedarf messen, nicht an willkürlich gesetzten Zielvorgaben.

Zweitens darf die Personalpolitik nicht länger unter der Knute eines Fi-

nanzsenators verkümmern, sondern sollte unter Leitung eines Personalstaatssekretärs beim Regierenden Bürgermeister gebündelt werden. Denn nur so werden strategische Entscheidungen ohne einseitige Fokussierung auf Einsparungen möglich.

Drittens muss der Öffentliche Dienst ein attraktiverer Arbeitgeber werden. Dazu gehört natürlich eine wertschätzende und nachhaltige Tarif- und Besoldungsstruktur, aber auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Berlin hat bei seiner Personalpolitik zu lange einseitig auf das Sparen gesetzt. Ein Kurswechsel im Interesse der Bürger, aber auch der Beschäftigten ist überfällig. Auch wir Reinickendorfer würden davon profitieren.

Robert Irmischer

Mehr Infos zum Thema:

„Personalkonzept für die Berliner Verwaltung“ unter: www.linksfraktion-berlin.de/themen

DIE LINKE Reinickendorf gratuliert



Yusuf Dogan postete am 5. Dezember 2014 auf Facebook: „Ein Gespenst geht um in Thüringen - das Gespenst des ersten linken Ministerpräsidenten! Ich freue mich, dass die Kampagnen der CDU nicht von Erfolg gekrönt waren. Herzlichen Glückwunsch, Bodo!“



Yusuf beim Schmücken der Weihnachts-tanne in der Siedlung am Steinberg

Foto: Klaus Gloede

„Die Gallier wirken“

Yusuf Dogan wurde im November als Mitglied des Landesvorstandes der Berliner LINKEN gewählt. Die Reinickendorfer kennen ihn:

Yusuf war fünf Jahre unser Bezirksvorsitzender, 2011 auch Spitzenkandidat bei den Kommunalwahlen. Der 32-jährige Jura-Student ist z. Z. Mitarbeiter von Hakan Tas, MdB.

In seiner Vorstellungsrede auf dem Landesparteitag verglich er uns mit

dem „kleinen gallischen Dorf, das die rote Fahne im CDU-dominierten Reinickendorf hochhält“.

Sein jüngstes Meisterstück war die politische und juristische Begleitung des Einwohnerantrages der Siedlung am Steinberg. Das hat ihm, hat uns Achtung eingebracht. DIE LINKE wird im Bezirk ernst genommen. Linke Kommunalpolitik vor Ort – wir tun, was wir sagen. Klaus Gloede

Danke, Hans Schuster

Ein Journalist von echtem Schrot und Korn

„Hans, ich habe viel von Dir gelernt.“ Eines der schönsten Komplimente, die man einem Menschen machen kann. Ich bin froh, ihm diese Worte noch zu seinen Lebzeiten gesagt zu haben.

Hans Schuster war viele Jahre als Autor, Regiditor und Layouter an der inhaltlichen Planung und äußerlichen Gestaltung unserer Bezirkszeitung

WiR maßgeblich beteiligt. „Machen wir noch eine?“ begann er traditionell unsere Redaktionssitzungen. Handeln musste für ihn ein Ziel haben.

Er wusste viel, vermittelte verständlich. Um Inhalte, klare Sprache und Zeichenanzahl wurde, wenn nötig, gestritten. Seine Argumente aber wusste er auch zu begründen, waren nach-

vollziehbar, meist richtig. In diesem Sinne war er Lehrer für uns alle.

Der Fuchs, das Markenzeichen der WiR, war sein Privileg. Hier zeigte sich seine Kreativität, ging es doch darum, eine Aussage, einen Inhalt ohne oder mit wenigen Worten zu illustrieren.

Hans war viele Jahre Autor und Layouter beim „Pankower Spiegel“, zuletzt auch beim Kiezblatt der LINKEN in Pankow-Süd - ein Journalist von echtem Schrot und Korn.

Er hat sein Leben gelebt, im Großen und Ganzen auch ganz gut. Dieses Bewusstsein machte ihn ruhig, gefasst, bewirkte aber auch, dass er sich nicht mehr therapieren lassen wollte.

Hans Schuster ist am 29. Oktober nach schwerer Krankheit verstorben. Unsere Erinnerungen an ihn lassen ihn weiter leben. Gut, dass er da war. Danke, Hans!

Jürgen Schimrock für die Redaktionsgruppe von WiR

Am Rande

Hey, wir sind Leuchtturm

Unser Leuchtturm ist etwas Tolles. Er weist ganz Berlin den Weg. Nur wohin? Wir können nicht schwimmen. Bei den Nicht-Schwimmern liegt Reinickendorf in Berlin auf Platz vier. Sport machen wir bald in der Hüpfburg. In den Schulen rieselt der Putz von den Decken. Fenster fallen ins Klassenzimmer. 315 Millionen Euro Sanierungsstau.

Der Leuchtturm blendet uns regelrecht. Vielfalt, Verlässlichkeit und Qualität hat uns Mutti versprochen.



Bildung steht ganz oben. Bald gehen wir auf saubere Toiletten. Hurra! Aber schwimmen können wir immer noch nicht. Die Schule fällt zusammen. Das konnte doch keiner ahnen.

Ach, Sch..., unser Leuchtturm leuchtet schwächer. Aber

der Turm wird nicht saniert. Ein wenig Farbe drauf, das soll halten. Wir zahlen fünf Millionen Euro im Jahr. So brauchen wir nur noch - richtig, 60 Jahre. Bis dahin müssen wir mit dem Mond auskommen.

Schulessen? Unsere Gymnasiasten können warten. Eine provisorische Küche muss reichen. Mitbestimmung von Eltern, Lehrern, Schülern - Mutti geht großzügig darüber hinweg. Die Junge Union meint gar: Arme brauchen weniger Bildung.

Wir haben ja den Leuchtturm. Und schöne Fassaden. Und die saubersten Grünflächen. Und fühlen uns wohl. Ach...!

Reineke Fuchs

Termine

Am 20. Dezember lädt DIE LINKE Reinickendorf zur Jahresabschlussfeier ab 14 Uhr in die Regionalgeschäftsstelle Berlin-Nord in der Fennstr. 2 ein.

In lockerer Atmosphäre wird bei Kaffee, Stollen, Pfefferkuchen, Wein und Bier **Olaf Michael Ostertag** mit seinem neuen Kabarettprogramm „**Stärker denken**“ für künstlerische Unterhaltung sorgen.

Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Hans bei der Jubiläumsfeier der WiR, 2010
Foto: Lutz Dühr

Vaterlos

In diesem nicht sehr dicken Buch, „Vaterlos“, gerade im Verlag am Park erschienen, hat Werner Wüste, Jahrgang 1931, seine Kindheitserinnerungen an die Jahre 1935-1945 niedergeschrieben. Den regelmäßigen Lesern der WiR dürfte Werner wegen seiner nachdenklichen Portraits von interessanten Leuten und Orten, vor allem wohl aus seinen Beiträgen über Harald Poelchau, den Tegeler Gefängnispfarrer, bestens bekannt sein.

Er selbst sagt dazu: „Es ist keine Lebensgeschichte, sondern Knoten in meinem Lebensfaden“. Und genau diese Knoten verknüpfen ihn als Kind und auch heute mit gelebtem Antifaschismus.

In dem beschriebenen Zeitraum saß sein Vater Ernst, ein überzeugter Kommunist und Antifaschist, für neun lange Jahre im Gefängnis. So musste Werner fast seine gesamte Kindheit ohne Vater verbringen. Doch obwohl der Vater physisch abwesend ist, prägt er nachhaltig die politische Ausrichtung des Sohnes. Viele gleichgesinnte Freunde der Familie, an erster Stelle Harald Poelchau, konnten aber die Verbindung zwischen Vater, dem Sohn und der Mutter halten. Der Leser kann gut nachvollziehen und verstehen, dass ihm niemand den Antifaschismus „verordnen“ musste.

Ein sehr lesenswertes Buch!
Marion Kheir

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Felix Lederle

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
IBAN: DE43 1007
0848 0525 6078
00, BIC (SWIFT):
DEUTDE33110.

Hier finden Sie uns:



Regionalgeschäftsstelle Berlin Nord

Fennstraße 2, 13347 Berlin

Öffnungszeiten:

Montag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Dienstag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Mittwoch 14:00 Uhr - 18:00 Uhr
Donnerstag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Freitag 09:30 Uhr - 12:00 Uhr

Tel.: 4401 7782

Fax: 4401 7781

E-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

